



**Bundesnetzwerk
Bürgerschaftliches
Engagement**

Newsletter Nr. 3 vom 8.2.2018

Inhalt

SCHWERPUNKT: AUS DEM NONPROFIT-SEKTOR

- Sendler: Berechtigte Fördererwartungen als Falle?
- Ein Jahrzehnt Service Learning an der MLU

AKTUELLES AUS ENGAGEMENTPOLITIK UND -DEBATTE

- Klein: Bildung und Engagement
- Open Government Netzwerk: Zivilgesellschaftliche Forderungen
- Antrag von Bündnis 90/Die Grünen zur Digitalisierungsstrategie
- Kleine Anfrage zur Bürgerenergie beantwortet
- Bundesrat gegen NPD
- Mut zur Vielfalt: Appell

AKTUELLES AUS DEM BBE

- »Unterm Radar - Mikro-Engagement und sozialer Zusammenhalt«: Fachworkshop
- Internationale Grüne Woche: Rückblick
- Mitglied des Monats: Mehr Demokratie e.V.

VERANSTALTUNGEN, AUSSCHREIBUNGEN, PUBLIKATIONEN

- openTransfer CAMP Zukunftsgestalter
- Zwischen Greenwashing und Weltverbessern: Seminar
- Digitalisierung in Non-Profit-Organisationen: Studie
- »Demokratische Bildungslandschaften«: Publikation
- Stellenausschreibungen
- Hinweis

SCHWERPUNKT: AUS DEM NONPROFIT-SEKTOR

Sendler: Berechtigte Fördererwartungen als Falle?

Ob berechtigte Förder-Erwartungen zur Infrastruktur eine taktische Falle darstellen, erörtert Dr. Hans H. Th. Sendler. Gerade in schwachen Bereichen wie der Engagementförderung sieht der Autor die Gefahr, durch Zuwarten auf an sich berechtigte Förderung Chancen zu verspielen: »Was aus eigenen Kräften möglich ist, von der Gewinnung freiwilliger Helfer auch im Management über die Schaffung der übrigen oben angedeuteten nichtmonetären Strukturelemente, sollte nicht verschoben werden.«

[Beitrag von Dr. Hans H. Th. Sendler](#) (HTML)

[Beitrag von Dr. Hans H. Th. Sendler als PDF herunterladen](#) (160 kB)

[nach oben](#)

Ein Jahrzehnt Service Learning an der MLU

Das zehnjährige Bestehen von Service Learning an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU) wurde am 30. Januar 2018 im Rahmen der Semesterabschlussveranstaltung von »International Engagiert Studiert« gewürdigt. Der Beitrag skizziert die Bedeutung dieser Methode an der MLU und erinnert an WegbereiterInnen und WeggefährterInnen. Service Learning verbindet seit 10 Jahren akademische Lehre und gesellschaftliches Engagement im Sinne eines erfahrungsbasierten Wissenstransfers zwischen Hochschule und Gesellschaft. Zugleich ist sie dort Gegenstand von Forschung und Evaluation.

[Beitrag zu einem Jahrzehnt Service Learning an der MLU](#) (PDF, 460 kB)

[nach oben](#)

AKTUELLES AUS ENGAGEMENTPOLITIK UND -DEBATTE

Klein: Bildung und Engagement

Die Mitglieder des BBE haben im Herbst 2017 engagementpolitische Empfehlungen für ein Regierungsprogramm der 19. Legislaturperiode verfasst. Eine besonders wichtige Empfehlung richtet sich darauf, dass es einer Möglichkeit des Bundes zur Förderung einer nachhaltigen Infrastruktur für das Engagement bedarf. Es gibt fachlich gute Anknüpfungspunkte, um die Aufhebung des Kooperationsverbotes im

Bildungsbereich auf die Infrastrukturförderung von Engagement und Partizipation zu erstrecken. So können die non-formalen Lernräume des Engagements abgesichert und die Kooperationen der zivilgesellschaftlichen Akteure in kommunalen Bildungslandschaften mit Kitas, Schulen und Hochschulen systematisch gestärkt werden. BBE-Geschäftsführer Dr. Ansgar Klein erläutert Notwendigkeit und Chancen dieses Schrittes.

[Beitrag von Dr. Ansgar Klein](#) (HTML)

[Beitrag von Dr. Ansgar Klein als PDF herunterladen](#) (160 kB)

[nach oben](#)

Open Government Netzwerk: Zivilgesellschaftliche Forderungen

Das Open Government Netzwerk hat zivilgesellschaftliche Forderungen an die neue Bundesregierung formuliert und am 31. Januar 2018 veröffentlicht. Die Forderungen zielen darauf, Transparenz zu verbessern, die aktive Zivilgesellschaft im Digitalisierungsdiskurs zu fördern, einen offenen und freien Zugang zu öffentlich finanzierter Software zu garantieren und die Digitalisierung der Verwaltung voranzutreiben. Das Open Government Netzwerk ist ein Zusammenschluss zivilgesellschaftlicher Organisationen und Einzelpersonen, der sich für die Förderung eines offenen Regierungs- und Verwaltungshandelns in Deutschland einsetzt sowie die deutsche Teilnahme an der Open Government Partnership unterstützt. Das BBE wirkt in diesem Netzwerk mit.

[Zivilgesellschaftliche Forderungen vom Open Government Netzwerk](#)

[nach oben](#)

Antrag von Bündnis 90/Die Grünen zur Digitalisierungsstrategie

Am 31. Januar 2018 haben Bündnis 90/Die Grünen einen Antrag in den Bundestag zur Digitalisierungsstrategie eingebracht: »Innovationen als Teil einer kohärenten Digitalisierungsstrategie fördern« (19/588). Darin wird die Notwendigkeit unterstrichen, die Zivilgesellschaft an einer umfassenden Digitalisierungsstrategie und an konkreten Projekten zu beteiligen: »Beteiligung der Zivilgesellschaft: Die Digitalisierung muss durch institutionalisierte Debatten begleitet werden, in denen die Zivilgesellschaft zu Wort kommt und in Entscheidungen einbezogen wird.«

[Antrag von Bündnis 90/Die Grünen](#) (PDF, 919 kB)

[nach oben](#)

Kleine Anfrage zur Bürgerenergie beantwortet

Mit Datum vom 26. Januar 2018 hat die Bundesregierung eine Kleine Anfrage zur Bürgerenergie der Fraktion DIE LINKE beantwortet (19/541). Dabei geht es um mögliche Gefährdungen der Energiewende in Bürgerhand durch Ausschreibungsregeln für erneuerbare Energien, die zu Fehlentwicklungen und Pseudobürgerenergiegesellschaften führen. Die geschäftsführende Bundesregierung sieht in einzelnen Bereichen Fehlentwicklungen, die zu korrigieren aber Aufgabe einer neuen Bundesregierung wäre. Auf der Ebene der Gesellschaften, die Zuschläge erhalten haben, sieht sie allerdings nach Prüfung alles im Einklang mit den Gesetzen.

[Antwort der geschäftsführenden Bundesregierung](#) (PDF, 128 kB)

[nach oben](#)

Bundesrat gegen NPD

Am 2. Februar 2018 hat der Bundesrat einstimmig beschlossen, beim Bundesverfassungsgericht ein Verfahren zum Ausschluss der NPD von der Parteienfinanzierung anzustrengen. Es dürfe nicht sein, dass die NPD Gelder von dem Staat erhalte, den sie bekämpft. Das Bundesverfassungsgericht hatte selbst auf diese Möglichkeit hingewiesen.

[Weitere Informationen zum Entschluss des Bundesrates](#)

[nach oben](#)

Mut zur Vielfalt: Appell

»Mut zur Vielfalt« lautet der Appell an die Koalitionsverhandelnden Parteien, den die Türkische Gemeinde in Deutschland (TGD) und die Neuen Deutschen Organisationen (NDO) initiiert und am 30. Januar 2018 publiziert haben. Die Fokussierung der Debatte auf Flucht und Asyl wird kritisiert und auf die Realitäten des Einwanderungslandes Deutschlands und seiner unterschiedlichen Einwanderungsgruppen aus unterschiedlichen Phasen verwiesen: »Setzen Sie die konstruktive Gestaltung der Einwanderungsgesellschaft als zentrales Thema auf die politische Tagesordnung!« Zu den ErstunterzeichnerInnen zählen 21 Organisation und drei Einzelpersonen, u.a. der Bund der Spanischen Elternvereine in der Bundesrepublik Deutschland, der Bundesverband russischsprachiger Eltern, der Kroatische Weltkongress in Deutschland, der Lesben- und Schwulenverband, der Polnische Sozialrat, Pro Asyl, der Rat für Migration, die Salaam Shalom Initiative Berlin und der Zentralrat der afrikanischen Gemeinde in Deutschland. Weitere 57 Organisationen und Personen sind bis zum 5. Februar 2018 dazu gekommen.

[Appell »Mut zur Vielfalt«](#)

AKTUELLES AUS DEM BBE

»Unterm Radar - Mikro-Engagement und sozialer Zusammenhalt«: Fachworkshop

Unter dem Titel »Unterm Radar - Mikro-Engagement und sozialer Zusammenhalt« veranstaltet die AG »Engagement und soziale Gerechtigkeit« des BBE am 5. März 2018 in Berlin einen Fachworkshop. Dabei soll es um die Frage gehen, wie die »kleinen« Formen des bürgerschaftlichen Engagements, die täglich tausendfach in Stadtquartieren und ländlichen Räumen stattfinden, sichtbar gemacht und gefördert werden können. Nach einem Einführungsvortrag von Roland Roth sollen mit Hilfe von Praxisbeispielen aus Berlin neue Perspektiven für die künftige Arbeit zum Thema im BBE erarbeitet werden.

[Tagesordnung](#) (PDF, 380kB)

[Weitere Informationen zur AG »Engagement und Soziale Gerechtigkeit«](#)

Internationale Grüne Woche: Rückblick

Engagement belebt das Land: Vom 19. bis 28. Januar 2018 war das BBE auf der Internationalen Grünen Woche vertreten. Neben Partnern aus dem Netzwerk präsentierten sich schwerpunktmäßig die Arbeitsbereiche »Demokratiestärkung im ländlichen Raum« und »Woche des Bürgerschaftlichen Engagements«. Sowohl ein Messestand im Rahmen der Sonderschau »Lust aufs Land« des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft als auch mehrere Programmpunkte zu Engagementthemen in ländlichen Räumen bildeten die Arbeit des BBE ab. Der Stand war ein Treffpunkt für Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Bundes- und landespolitische Akteure wie z.B. Gunther Adler (Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit), Uwe Lübking (Beigeordneter des Deutschen Städte- und Gemeindebunds) sowie VertreterInnen mehrerer Landesministerien und kommunalpolitische VerantwortungsträgerInnen kamen auf ein Gespräch vorbei. Auch VertreterInnen zivilgesellschaftlicher Organisationen wie LandFrauen und DorfladengründerInnen sowie regionaler (Wirtschafts-)Förderungsprogramme waren zu Gast. Ein ausführlicher Rückblick erscheint in Kürze auf der Webseite des BBE.

Mitglied des Monats: Mehr Demokratie e.V.

Mehr Demokratie e.V. ist die größte Nichtregierungsorganisation für direkte Demokratie weltweit. Seit 30 Jahren setzt die Organisation sich für die Stärkung der Demokratie ein. Die Einführung bundesweiter Volksbegehren und -entscheide, die Reform direkter Demokratie auf Kommunal- und Landesebene, die Demokratisierung der EU - um diese Ziele zu erreichen, entwickelt Mehr Demokratie Kampagnen und initiiert selbst Volksbegehren, häufig in Bündnissen mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen. Zur letzten Bundestagswahl hat der Verein die Kampagne »Jetzt ist die Zeit: Volksentscheid. Bundesweit.« gestartet, der sich inzwischen rund 40 zivilgesellschaftliche Organisationen angeschlossen haben. Daneben wertet Mehr Demokratie als Fachverband die Praxis direkter Demokratie wissenschaftlich aus und veröffentlicht Berichte über Volks- und Bürgerbegehren, Transparenz- und Wahlrechtsfragen in Deutschland. Motto: »Wenn wir aufhören, die Demokratie weiterzuentwickeln, fängt die Demokratie an, aufzuhören.«

[Weitere Informationen zu Mehr Demokratie e.V.](#)

[nach oben](#)

VERANSTALTUNGEN, AUSSCHREIBUNGEN, PUBLIKATIONEN

openTransfer CAMP Zukunftsgestalter

Die Bürgergesellschaft lebt von der aktiven Partizipation ihrer Mitglieder. Selten kommen bislang aber diejenigen zu Wort, die in Zukunft die Bürgergesellschaft leben und gestalten werden. Das openTransfer CAMP Zukunftsgestalter am 10. März 2018 in Berlin gibt Engagierten zwischen 18 und 30 Jahren die Chance, ihre Vision zu teilen und ihre Ideen weiterzugeben. Wie sieht eine partizipative Gemeinschaft aus? Welche Themen müssen Zivilgesellschaft, Staat und Wirtschaft gemeinsam bearbeiten, damit gutes Engagement für ein demokratisches Miteinander in der Einwanderungsgesellschaft auch in Zukunft möglich ist? Das Barcamp findet im Rahmen der Gesprächsreihe »Bürgergesellschaft 2020« der Stiftung Bürger für Bürger statt, bei der ExpertInnen aus Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft regelmäßig zusammenkommen. Am Ende des Barcamps können die Teilnehmenden die wichtigsten Themen auswählen, die im Forum Bürgergesellschaft im Mai 2018 weiter diskutiert werden sollen. Die Teilnahme ist kostenlos. Für Essen und Getränke ist gesorgt. Eine Anmeldung ist erforderlich.

[Weitere Informationen zum openTransfer CAMP Zukunftsgestalter](#)

[nach oben](#)

Zwischen Greenwashing und Weltverbessern: Seminar

Arbeitsplätze schaffen, Geld verdienen und dabei die Umwelt nicht übermäßig belasten - für ein modernes Verständnis von Unternehmensverantwortung reicht das bei weitem nicht aus. Unternehmen prüfen ihre Prozesse, Wertschöpfungs- und Lieferketten auf ihre externen Effekte, bezeichnen sich als »Corporate Citizen« , bekennen sich zur dreifachen Zielsetzung von »People, Planet, Profit«. Alles nur Fassade? Oder der ernst gemeinte Versuch, die Mittel von Unternehmen für positive gesellschaftliche Effekte einzusetzen? Das Seminar »Zwischen Greenwashing und Weltverbessern. Corporate (Social) Responsibility in Theorie und Praxis« vom 9. bis 11. März 2018 in Bonn, organisiert vom Verein zur Förderung politischen Handelns e.V., betrachtet die Rolle und Verantwortung von Unternehmen aus verschiedenen Perspektiven: Welche politische Bedeutung hat Corporate (Social) Responsibility? Wie sehen Nichtregierungsorganisationen die Rolle von Unternehmen? Welche Missstände und Probleme können Unternehmen (nicht) vermeiden? Und wie können sie zum Teil der Lösung werden? Die Kosten betragen 55 Euro (inkl. Vollpension). Eine Anmeldung ist erforderlich.

[Weitere Informationen zum Seminar](#)

[nach oben](#)

Digitalisierung in Non-Profit-Organisationen: Studie

Die Digitalisierung bedeutet für Non-Profit-Organisationen Chance und Herausforderung gleichermaßen. Digitale Technologien bieten einerseits neue Möglichkeiten, um z.B. zivilgesellschaftliches Engagement zu fördern, sich weltweit zu vernetzen oder die Arbeit effektiver und wirkungsvoller zu gestalten. Andererseits müssen Non-Profit-Organisationen sich selbst tiefgreifend verändern, um die Chancen der Digitalisierung für sich zu nutzen. Die Studie »Digitalisierung in Non-Profit-Organisationen« von Nicole Dufft et al. untersucht das Bewusstsein für den Veränderungsbedarf und die Fähigkeit zur Veränderung im Non-Profit-Sektor im Hinblick auf die Digitalisierung. Ziel dieser Studie ist es, aufzuzeigen, welche Unterstützung Non-Profit-Organisationen benötigen, um die Chancen der Digitalisierung besser einschätzen und positiv für sich nutzen zu können. Dazu wurden im Sommer 2017 162 MitarbeiterInnen von Non-Profit-Organisationen befragt.

[Weitere Informationen und Download der Studie](#)

[nach oben](#)

»Demokratische Bildungslandschaften«: Publikation

Die kommunale Vernetzung von BildungsakteurInnen ist ein wichtiges Instrument, das zur Nachhaltigkeit von Bildungsprozessen maßgeblich beitragen kann - besonders für das Lernen und Erleben von Demokratie. Doch welche Aspekte sind dabei wichtig? Wer sollte einbezogen werden? Und wie können Prozesse verstetigt werden? U.a. mit diesen Fragen beschäftigt sich die Publikation »Demokratische Bildungslandschaften« von Monika Buhl et al. (Hrsg.), erschienen in der Reihe Jahrbuch Demokratiepädagogik. Themen sind dabei z. B. die sozialräumliche Perspektive, die kulturelle Bildung oder die Ganztagsbildung.

[Weitere Informationen zur Publikation](#)

[nach oben](#)

Stellenausschreibungen

Aktuelle Stellenausschreibungen finden Sie ab jetzt auf der [Webseite des BBE](#).

[nach oben](#)

Hinweis

Der nächste Newsletter erscheint am 22. Februar 2018.

Redaktionsschluss ist der 14. Februar 2018.

Bitte schicken Sie Ihre Informationen an [newsletter\(at\)b-b-e.de](mailto:newsletter(at)b-b-e.de)

Die Beiträge dieses Newsletters geben, sofern nicht ausdrücklich als solche Nachrichten gekennzeichnet, nicht die Meinung des BBE wieder, sondern repräsentieren die Vielstimmigkeit der Meinungen und AkteurInnen im BBE und im Feld der Engagementförderung und -politik. Die Redaktion des Newsletters verfolgt das Ziel, die jeweils aktuellsten und wichtigsten Nachrichten für die Leserschaft zusammenzustellen.

Die PDF-Dokumente der Beiträge im Schwerpunkt des Newsletters werden möglichst barrierearm gestaltet.

Die Hinweise auf die allgemeinen Geschäftsbedingungen für die Publikation von Nachrichten im BBE-Newsletter finden Sie unter [Impressum](#).

Redaktion: PD Dr. Ansgar Klein (V.i.S.d.P.), Dr. Rainer Sprengel und Jana Börsdamm, B.A.

Eine Übersicht über die nächsten geplanten Schwerpunkt-Themen finden Sie unter

[Kommende Themen.](#)

Die Öffentlichkeitsarbeit des BBE wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

- Geschäftsstelle -

Michaelkirchstr. 17-18

10179 Berlin-Mitte

www.b-b-e.de

Geschäftsführer PD Dr. Ansgar Klein

Telefon: (0 30) 6 29 80-11 0

E-Mail: ansgar.klein@b-b-e.de

[nach oben](#)

Hinweis

Gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

